02 / 2012 www.sabine-baetzing.de 27.01.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
als wären die Geschichten um und mit Wulff nicht schon schlimm genug; denn der Vertrauensverlust in die Politik ist immens. Bundesminister Niebel legt noch nach und schafft in einem Ministerium, welches er vor der Wahl, man höre und staune, noch abschaffen wollte, neue Stellen ohne Ende und besetzt diese mit FDP Parteimitgliedern. Das ist Niebels Beitrag zur Rettung der FDP. Na ja, vielleicht kann man es sogar ein bisschen verstehen, die neuesten Umfragen im Saarland sind deutlich: 2% bekommt die FDP da gerade mal noch. Wir gehen dort gestärkt in die Landtagswahl und liegen zurzeit bei 38% und damit vor der CDU! Wäre toll, wenn wir mit dem Rückenwind auch in die Schleswig-Holstein-Wahl gehen könnten und dann langsam aber sicher auf 2013 hinarbeiten. Aber bis dahin kann noch viel passieren: zum Beispiel der Bundespräsident zurücktreten! (Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt!)
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Dierdorf
Hauptstraße 9
56269 Dierdorf

Telefon: (0 26 89) 92 99 20
Fax: (0 26 89) 92 99 21
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Bildung – Wir hinken hinterher!

Während Schwarz-Gelb das Ansehen demokratischer Politik ruiniert, wächst der Problemstau im Land. Der Staat muss wieder den Bürgern dienen. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei der Bildung.
Die OECD schreibt uns immer neu ins Stammbuch, wie sehr wir bei Bildungsinvestitionen und Chancengleichheit hinterherhinken.
Hinter der Statistik stehen Schicksale:
Zu geringe Sprachkenntnisse der Schulkinder, zu viele Schulabbrecher, zu viele Jugendliche ohne Berufsausbildung. Der Ausbau der Kitaplätze aber, die frühe Förderung und Betreuung der Kinder unter drei Jahren sind in Gefahr. Der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 – davor warnen viele Kommunen – ist kaum zu erfüllen, Klagen drohen. Doch Merkel stellt sich taub.

Schwarz-Gelbe Klientelgesetze in der Steuerpolitik bedienen die Wohlhabenden und entziehen zugleich Bund, Ländern und Kommunen die Mittel, um gleiche Lebenschancen durch bessere Bildung zu erreichen. Auch der Ausbau der Ganztagsschulen und die Qualitätsverbesserung der ganztägigen Förderung drohen zu erlahmen.
Im Projekt Zukunft unserer Bundestagsfraktion zeigen wir, wie in Deutschland bis 2020 jedes Kind auf eine Ganztagsschule gehen kann. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen.

Bund und Länder dürfen sich nicht mehr in einem sinnlosen Kompetenzstreit verhaken, sie müssen für das gemeinsame Ziel besser zusammen wirken.
Wir haben uns in Bund und Ländern auf eine klare Linie verständigt:
Das Verbot der föderalen Kooperation muss weg. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen. Dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung müssen auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern möglich sein.

Verbraucherschutz

Tierhaltung – Was denn nun, Frau Aigner?

Die Bundesregierung führt in Sachen Baurecht für Anlagen der Intensivtierhaltung einen wahren Eiertanz auf: Während die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf der "Grünen Woche" medienwirksam Lippenbekenntnisse zur artgerechten Haltung abgibt, stellt ihr Haus intern die Ampel für einen Gesetzentwurf auf Rot, der die Auswüchse der Intensivtierhaltung in Deutschland verhindern soll. Ein vom Bundesbauministerium kurz vor Weihnachten 2011 vorgelegter Referentenentwurf für eine Novelle des Baugesetzbuches wurde auf Druck des Landwirtschaftsministeriums, getrieben von der Agrarlobby, kaum einen Tag später wieder einkassiert.
Bis heute wurde kein neuer Entwurf verschickt. Dabei bietet das Baurecht durch Aufhebung der bisherigen Privilegierungsregelung für Anlagen der Intensivtierhaltung eine wirksame Möglichkeit zur Stärkung einer artgerechten und ökologischen Nahrungsmittelproduktion.
Ein entsprechender Vorschlag zur Änderung von Paragraf 35 des Baugesetzbuchs war im Referentenentwurf noch enthalten. Er hätte den Kommunen durch Anknüpfung an das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ein Instrument gegen die Errichtung großer gewerblicher Anlagen der Intensivtierhaltung an die Hand gegeben. Aber offenbar scheute die Bundesregierung so kurz vor der "Grünen Woche" den Konflikt mit der industriellen Landwirtschaft. Statt wirksamer Maßnahmen wie die notwendige Beschränkung der baurechtlichen Privilegierung hat die Landwirtschaftsministerin jetzt eine unkonkrete "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" angekündigt. Unsere Bundestagsfraktion hatte schon im September 2011 in ihrem Antrag "Klare Regelungen für Intensivtierhaltung" ein baurechtliches Vorgehen gegen die Intensivtierhaltung verlangt.
Wir fordern daher eine Regelung im Rahmen einer Novelle des Baugesetzbuches vorzunehmen. Die Union muss sich intern endlich einig werden. Die streitenden Ressorts müssen die Kuh vom Eis holen.

International

Ägypten – Erste Schritte zur Demokratie!

Ein Jahr nach dem Beginn der ägyptischen Revolution haben die Ägypterinnen und Ägypter nun in freien Wahlen ihr künftiges Parlament bestimmt. Die hohe Wahlbeteiligung von über 55 Prozent zeigt, dass die Menschen in Ägypten auf eigene Mitbestimmung, ein starkes Parlament sowie demokratisch legitimierte Strukturen für die Zukunft ihres Landes setzen. In drei Wahlgängen wurden die 498 Abgeordneten durch Direkt- sowie Listenwahl gewählt. Trotz des komplizierten und langwierigen Verfahrens sind die Wahlen weitgehend ruhig und demokratisch verlaufen. Ähnliche wie in Tunesien zeichnet sich auch in Ägypten eine große Mehrheit für islamisch-orientierte Kräfte ab.

Als Sieger geht die Partei "Freiheit und Gerechtigkeit" der Muslimbrüder aus der Wahl hervor, sie erhielten über 45 Prozent der Stimmen. Mit Sorge sehen viele Beobachter das hohe Ergebnis der radikal-islamischen Salafisten, die mit 24 Prozent zweitstärkste Kraft im Parlament sind. Positiv ist, dass die Muslimbrüder angekündigt haben mit säkularen, also nicht-religiös ausgerichteten Parteien, eine Koalition einzugehen.

Es besteht durchaus die Chance, dass sich gemäßigt islamische Kräfte dauerhaft als islamisch-demokratische Parteien etablieren. Auf diesem Reformweg sollte die Bundesregierung und die Europäische Union Ägypten und weitere Länder in der Region konstruktiv unterstützen. Mit der Parlamentswahl ist ein erster wichtiger Schritt auf dem langen Weg zu mehr Demokratie in Ägypten beschritten. Weitere stehen unmittelbar bevor:

Bis zum Sommer sollen die Ägypter außerdem noch die Abgeordneten der Zweiten Kammer (Schura-Rat) wählen. Dann soll unter Mitwirkung des Parlaments eine neue Verfassung formuliert und dem Volk zum Referendum vorgelegt werden. Im Juni sind Präsidentschaftswahlen geplant, danach soll die Regierung eingesetzt werden. Hier steht vor allem die Frage im Vordergrund, wie es gelingen wird, die Macht es amtierenden Militärrats an die Regierung zu übertragen.

Für den weiteren erfolgreichen demokratischen Transformationsprozess ist es unterlässlich, dass die bedenkliche wirtschaftliche und soziale Lage in Ägypten und anderen Ländern der Region verbessert wird. Auch hier sollte Deutschland und die Europäische Union sein Engagement verstärken und langfristige Unterstützung anbieten.

Umwelt

Gorleben – Gefährdet die Wahrheit die Wahl!

Verkehrte Welt im Untersuchungsausschuss: Die Opposition, die naturgemäß an vollständiger Aufklärung interessiert ist, will die Arbeit des Ausschusses zügig abschließen. Die Regierung hingegen, die eigentlich an einem schnellen Fortgang interessiert sein müsste, verzögert die Arbeit und verwandelt den Ausschuss in ein Halbtagsgremium. Die Motivation der CDU liegt auf der Hand: Panische Angst vor den baldigen Wahlen in Niedersachsen. Unter keinen Umständen wollte der Niedersachse Grindel eine Debatte über die Erkenntnisse in Gorleben im Umfeld der Niedersachsenwahl. Angst vor Wahlen, Angst vor der Wahrheit.

Das ist ein unwürdiger Umgang mit dem parlamentarischen Instrument des Untersuchungsausschusses.

Bonbon

„Ich habe in den letzten Monaten das an Gewicht zugenommen, was meine Partei an Bedeutung verloren hat."

(Wolfgang Kubicki, FDP)

Asse – Der Atommüll muss da raus!

Diese Woche gab es einen Sachstandsbericht des Bundesumweltministeriums zum Salzbergwerk Asse. Bei diesem Bericht über die weitere Vorgehensweise zur Rückholung des atomaren Mülls aus dem maroden Bergwerk Asse hat das Bundesumweltministerium ein unwürdiges Schwarze-Peter-Spiel aufgeführt.

Während Bundesumweltminister Röttgen bei jeder Gelegenheit betont, dass er sich - mittlerweile - für eine Rückholung des Asse-Mülls einsetzt, relativierte sein Abteilungsleiter Gerald Hennenhöfer heute diese Position. Besonders unverfroren war der Versuch des früheren Atomlobbyisten, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) quasi die alleinige Verantwortung für die Asse-Misere zuzuschieben.

Allerdings entlarvte Hennenhöfer damit das offensichtliche Desinteresse seines Hauses an einer zügigen und sicheren Bergung. Wie sonst kann man seine Äußerung verstehen, dass das Bundesumweltministerium erst sehr kurzfristig, im November, über die dramatische Lage in der Asse informiert worden sei. Dies ist in höchstem Maße unglaubwürdig, da sogar den Mitgliedern des Umweltausschusses diese Informationen schon länger bekannt waren.

Hennenhöfer schreckte noch nicht einmal davor zurück, den Mitarbeitern der eigenen Fachbehörde Illoyalität vorzuwerfen, indem er behauptete, dass die "Juristen des BfS" der Opposition einen Antrag formuliert hätten. Röttgen muss diese Verantwortungslosigkeit in seinem Hause unverzüglich beenden und die Rückholung der Abfälle aus der Asse endlich zur Chefsache machen.

Europäische Union

Kroatien – Herzlich Willkommen in der EU ab 2013!

Wir begrüßen es sehr, dass sich die kroatische Bevölkerung im gestrigen Referendum für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union ausgesprochen hat. Dies ist nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages im Dezember ein weiterer großer Schritt auf Kroatiens Weg in die EU und eine wichtige Etappe hin zu einem vereinten Europa. Gerade in Krisenzeiten ist die Zustimmung der Kroatinnen und Kroaten auch ein positives Signal für Europa.

Es zeigt, dass die EU als Raum des Friedens, der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstands ihre Anziehungskraft nicht eingebüßt hat. Nun sollten auch die 27 EU-Mitgliedstaaten positive Signale setzen und den Beitrittsvertrag mit Kroatien zügig ratifizieren, damit das Land wie geplant am 1. Juli 2013 der Europäischen Union beitreten kann.

Wir sind zuversichtlich, dass Kroatien bis dahin die weiterhin nötigen Fortschritte in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justiz und Sicherheit erzielen wird. Das Votum der kroatischen Bevölkerung sollte uns auch an das Versprechen erinnern, dass die EU im Jahr 2003 auf dem Gipfel von Thessaloniki gegeben hat: alle Länder des westlichen Balkan haben eine europäische Perspektive.

Termine

28.01.12	**20.11 Uhr**	**Karneval Horhausen**
29.01.12	**11.00 Uhr**	**Neujahrsempfang Neuwied**
30.01.12	**14.00 Uhr**	**Besuch TIME GmbH Wissen**
	17.00 Uhr	**Vergabe Ehrenamtspreis**
	19.30 Uhr	**Infoabend, Marktkirche NR**
31.01.12	**19.00 Uhr**	**Landesparteirat**
01.02.12	**19.00 Uhr**	**JUSOS AK, Stadthalle AK**
02.02.12	**18.30 Uhr**	**Vortrag im MGH NR**
03.02.12	**11.00 Uhr**	**Turnverband Mittelrhein**
	18.00 Uhr	**SPD-Kreisvorstand AK**